

Die sozialdemokratische Parteikrise.

„Der springende Punkt in der Parteikrise“ wird von dem sozialdemokratischen „Volksfreund“ in Karlsruhe behandelt. Das führende Organ der badischen Sozialdemokratie sieht in dem Aufruf von Haase, Bernstein und Kautsky einen Versuch, die deutsche Sozialdemokratie von den übrigen Volksgenossen loszureißen und sie der politischen Ohnmacht zu überliefern, damit die alte, bequeme, von jeglicher Verantwortung sich brückende Politik der prinzipiellen Negation wieder aufgenommen werden kann.

Der „Volksfreund“ schreibt: „Man will mit allen Mitteln verhindern, daß die Massen der sozialdemokratischen Wähler zur Erkenntnis des völligen Bankrotts kommen, den die Radderaatsch-Propheten mit ihrer „Wissenschaft“ erlebt haben. . . . Wenn je der Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaft hätte erfolglose Belastungsprobe gestellt wurde. Aber nicht die Spur einer solchen Katastrophe hat sich gezeigt. Wenn es keinen Zusammenbruch gibt, dann hat auch die Politik und Taktik, die auf diese Theorie festgelegt war, denselben Bankrott erlebt wie diese selbst. Dann darf die Politik der Sozialdemokratie künftig nicht mehr in der Hauptsache auf den bloß agitatorischen Erfolg eingestellt werden. Für den „Radikalismus“ ist die Agitation Selbstzweck geworden. Es handelt sich darum, ob die Sozialdemokratie eine politische Partei, die bestimmend auf die wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Geschicke des deutschen Volkes einwirken kann, oder ob sie eine Sekte politischer Fanatiker sein soll, die jegliche politische Verantwortung prinzipiell von sich weist und die auf den „Tag der sozialen Revolution“ ihre ganzen Hoffnungen setzt.“

Daß Eduard Bernstein, „der seit einem Menschenalter für diesen entscheidenden Schritt in Wort und Schrift Propaganda machte, in der entscheidenden Stunde umkippt und mit seinem alten Widersacher Kautsky an einem Strange zieht“, beweist dem „Volksfreund“ nur, „wohin es führt, wenn man glaubt, die Politik könne am Schreibtisch und in der Studierstube gemacht werden.“

Die Wirkung sozialdemokratischer Friedensangebote.
Der sozialdemokratische „Hannoversche Volkswille“ schreibt:

Es ist unrichtig, daß Deutschland den Frieden bereits haben könnte, wenn es nicht auf Eroberungen abgesehen wäre. Es ist durchaus unrichtig, daß eine sozialdemokratische Forderung nach schleuniger Beendigung des Krieges den Frieden bringen könnte. Im Gegenteil: Auf jededeartige Friedensäußerung hat die deutsche Sozialdemokratie bisher jedesmal von ausländischen Sozialdemokraten, entgegen den Prophezeiungen Kautskys, eine klatschende Ohrfeige erhalten.

Dieses Urteil wird im „Hannoverschen Volkswillen“ zwar nur gefällt über den Aufruf von Haase-Bernstein-Kautsky. Er trifft aber genau ebenso zu auf den am Sonnabend veröffentlichten Friedensaufruf der sozialdemokratischen Parteivorstände.